



@nicole.anger.md



@md.nicole.anger



@NicoleAngerMD



wkb@nicole-anger.de



0391 - 50672800



www.nicole-anger.de

Armutsfalle Pflegeheim?!

Am 10. November 2023, dem zweiten Sitzungstag des Landtages von Sachsen-Anhalt, habe ich für unsere Fraktion einen Antrag zur Senkung der Eigenanteile in der stationären Pflege eingebracht. Dieses Thema drängt, sehen sich doch viele Menschen nicht mehr in der Lage, die stetig und rasant wachsenden Kosten im Pflegeheim abzudecken. Was droht, sind Armut und Ruin im Alter.

Wir alle wünschen uns doch, bis zum letzten Tag, und der möge erst im sehr hohen Alter sein, fit und gesund zu bleiben. Aber bei einigen kommt es leider anders. Sie werden pflegebedürftig, und dann steht die Entscheidung über ambulante Pflege zu Hause oder stationäre Pflege in einer entsprechenden Einrichtung. Im Land Sachsen-Anhalt haben wir etwas mehr als 166.000 pflegebedürftige Menschen – das ist mehr als jede 13. Person. Davon leben rund 27.600 in der vollstationären Pflege. Ich möchte an dieser Stelle einen besonderen Dank an all die Pflegekräfte in den Altenheimen des Landes aussprechen. Gerade vor kurzem, bei einem Besuch einer Pflegeeinrichtung mit Demenzstation, konnte ich mich wieder einmal davon überzeugen, wie wertschätzend und liebevoll die Pflegekräfte mit den Bewohner:innen der Pflegeeinrichtung umgehen. Mit welcher Ruhe und Freundlichkeit sie bei all den alltäglichen Dingen, Tag für Tag, sieben Tage die Woche, Unterstützung bieten!

Pflegebedürftigkeit und der Schritt, seinen Lebensabend in einer Pflegeeinrichtung zu verbringen, ist für viele Menschen schon

sehr einschneidend. Und das wird beim Blick auf die Kosten in einer stationären Pflegeeinrichtung, die man selbst tragen muss, noch viel einschneidender. Bundesweit lauert bei einem Drittel von ihnen bei einem Umzug ins Pflegeheim die Altersarmut: Finanzieller Ruin in einer Lebensphase, die eigentlich von Geborgenheit, Zuwendung und Sicherheit geprägt sein sollte. Ein Lebensabschnitt, in dem man sich einmal mehr wünscht, die letzte Lebenszeit sorgenfrei und gut versorgt in einer schönen Umgebung verbringen zu können.

Doch weit gefehlt! Jetzt beginnen die Sorgen erst recht, denn viele Pflegebedürftige können sich die endlos steigenden Kosten, also die zu zahlenden Eigenanteile, nicht leisten, wenn überhaupt, leisten. Das mühsam Ersparte – wenn überhaupt vorhanden – muss zuerst erhalten. Und das nach einem Leben voller Arbeit, Sparsamkeit und Unabhängigkeit. Jetzt, wo man sich die kleinen Freuden des Lebens gönnen könnte, winkt der soziale Abstieg und schließlich der Gang zum Sozialamt.

Es gibt Menschen, die sich erst gar nicht um einen Platz in der Pflegeeinrichtung bemühen, weil Ängste und Sorgen sie quälen – Angst, dass das Geld nicht reicht, Angst und Scham davor, ein Sozialfall zu werden. Also bleiben sie allein zu Hause, werden bestenfalls von Angehörigen betreut und gepflegt. Aber auch für Angehörige ist das nicht in jedem Falle eine leichte Situation. Stationäre Pflege wird nicht erst zum Luxus, sondern sie ist es schon! Zunehmend mehr pflegebedürftige Menschen können sich das einfach nicht

mehr leisten! Aber als Gesellschaft müssen wir uns daran messen lassen, wie wir mit unseren Ältesten und Schwächsten umgehen. Die Eigenanteile in Sachsen-Anhalt für einen stationären Pflegeplatz haben sich in den letzten sechs Jahren nahezu verdoppelt. Betragen die Kosten der Eigenanteile im Jahr 2017 noch durchschnittlich rund 1.130 Euro pro Monat, so sind dies im Jahr 2023 bereits 2.150 Euro monatlich.

Diese Eigenanteile speisen sich aus den Kosten der Unterkunft, also Miete, Verpflegung, einer Ausbildungsumlage sowie Investitionskosten, d.h. dass Bewohner:innen auch für Aus- und Umbau des jeweiligen Pflegeheims zur Kasse gebeten werden. Eigentlich sollten ja nur Kosten für Unterkunft und Verpflegung selbst getragen werden. Alle pflegerischen Kosten hingegen gehören in die Pflegeversicherung. Eigentlich! Dass dem nicht so ist, wissen wir. Mit einer durchschnittlichen Ostrente - Frauen im Schnitt 1.133 Euro (2022) und Männer 1.353 Euro (2022) - liegen die Menschen im Land weit hinter der Höhe der Eigenanteile. Es liegt auf der Hand, dass viele alte und gleichzeitig pflegebedürftige Menschen sich mit einer durchschnittlichen Ostrente diese Eigenanteile nicht leisten können.

Wir haben innerhalb eines Jahres einen Anstieg von fast 19 Prozent bei den Eigenanteilen. Tendenz steigend! Wobei die Renten nicht in gleicher Rasananz wie die Kosten in der stationären Pflege steigen. Das ist ein Missverhältnis, das nur zu einer Katastrophe führen kann. Immer mehr alte Menschen müssen das erste Mal in ihrem Leben Sozialhilfe beantragen, wenn sie ins Pflegeheim gehen. Nicht wenige von ihnen schämen sich dafür. Einige beantragen die staatlichen Hilfen auch nicht. Verstehen sie doch nicht, warum sie 40, 45 oder mehr Jahre gearbeitet haben, um am Lebensende nicht einmal mehr selbst finanziell für sich sorgen zu können.

Dies führt zu einer steigenden Zahl von Anspruchsberechtigten im Rahmen der Sozialleistungen. Und wir haben momentan eine Zunahme von mehr als einem Drittel der Anträge beim Träger der Sozialhilfe. Man mag sich kaum vorstellen, wie sich das für die Betroffenen anfühlt, was es mit diesen Menschen macht. Es ist hochgradig entwürdigend. So kann es keinesfalls weitergehen! Und es wird mitnichten so sein, dass die Höhe der Eigenanteile stabil bleibt - sie steigen weiter und weiter und ein Ende ist nicht abzusehen.

Die angestauten Kosten im Bereich der Investitionskosten bei den Einrichtungen muss das Land Sachsen-Anhalt über die Finanzierung durch das Corona-Sondervermögen hinaus übernehmen und ein entsprechendes Förderprogramm auf den Weg bringen.

Ausgehend von den auf die Bewohner:innen der Pflegeeinrichtungen umgelegten Investitionskosten sind hier 100 Millionen Euro je Jahr einzustellen. Eine solche Beteiligung an diesen Aufwendungen kann einer weiteren Steigerung der Pflegekosten effektiv entgegenwirken. Und sie kann die Bewohner:innen von Pflegeeinrichtungen spürbar entlasten. Aber diese Investitionskosten reichen nicht aus, um pflegebedürftige Menschen vor Armut zu schützen.

Deswegen wollen meine Fraktion und ich ein Landespflegegeld. Es ist unumgänglich, ein Landespflegegeld auf den Weg zu bringen, welches Bewohner:innen von Pflegeeinrichtungen - einkommensabhängig - einen angemessenen finanziellen Zuschuss zu den zu leistenden Eigenanteilen gewährt. Dazu kann und muss man die Mittel der Hilfe zur Pflege, also in dem Fall die Sozialhilfe, umwidmen.

Die drastisch steigenden finanziellen Belastungen für die Pflegebedürftigen sind zu stoppen. Dazu sind auch auf der Bundesebene zwingend Maßnahmen zu ergreifen, die das individuelle pflegerische und damit verbundene Armutsrisiko durch Pflege absenken. Es muss endlich eine Pflegevollversicherung geben. Eine echte Pflegevollversicherung, die alle pflegerischen Leistungen uneingeschränkt abdeckt.

Wir alle, unsere Angehörigen, können früher oder später in die Lage kommen, auf Pflege angewiesen zu sein. Es kann jede und jeden treffen. Umso wichtiger, dass wir uns dem Thema annehmen. Wir müssen uns damit befassen und Lösungen finden, die nachhaltig sind und alle Menschen und ihre individuelle Lebenssituation einbeziehen. Pflegebedürftigkeit und die daraus folgende Notwendigkeit, einen Pflegeheimplatz in Anspruch nehmen zu müssen, ist für viele schon schmerzlich genug. Auch deshalb dürfen ein stationärer Pflegeplatz und eine adäquate Pflege und Betreuung kein Luxus sein.

Die Pflege und all die damit verbundenen Anforderungen und Leistungen müssen dauerhaft und rechtsverbindlich als wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge des Staates verankert

werden. Die Landesregierung muss die Landkreise und kreisfreien Städte bei dieser herausfordernden Aufgabe zwingend aktiv unterstützen. Die Pflege muss gemeinnützig werden. In der Pflege ist kein Platz für Gewinnstreben. Gesundheit und Pflege sind keine Waren.

Es ist schon bezeichnend und traurig, dass unser Antrag im Parlament abgelehnt worden ist. Die Landesregierung hat sich wieder einmal hinter dem Bund versteckt; dieser solle was tun. Sie selbst sieht für sich hier im Land keinen Handlungsbedarf! Das ist mehr als ein Rückschlag für alle pflegebedürftigen Menschen in unserem Land. Aber ich bleibe dran!

Soziale Gerechtigkeit für die Kleinsten

In der Landtagssitzung am 9. November 2023 habe ich den Gesetzentwurf für unsere Fraktion zur Reform des Kinderförderungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt eingebracht.

Immer wieder hören wir von der Landesregierung, dass Kinder und Jugendliche unsere Zukunft sind. Jedoch sind sie nicht nur die Zukunft, sie sind auch das Jetzt! Und jetzt müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um ihnen die bestmöglichen Chancen für ein gutes Aufwachsen in Sachsen-Anhalt zukommen zu lassen. Damit kann man nicht früh genug anfangen - also ganz genau bei den Jüngsten! Der Gesetzesentwurf fokussiert auf folgende Schwerpunkte:

- die Elternbeiträge ab 2025 vollständig abzuschaffen,
- ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder einzuführen,
- die Rückkehr zum 10-Stunden Betreuungsanspruch für alle Kinder sowie
- die Verbesserung des Personalschlüssels in den Einrichtungen.

Dies alles wird verbunden mit einer grundlegenden Neuordnung des gesamten Finanzierungssystems. Dessen Ziel ist es, die bisher unkalkulierbaren Finanzrisiken aus dem sogenannten gemeindlichen Defizit bei den Gemeinden und damit auch bei den Eltern aufzulösen. Wir wollen Transparenz sowie Bürokratieabbau bei allen Beteiligten herstellen.

In den 215 Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt variieren die Elternbeiträge in der Kindertagesbetreuung stark. Bei den Elternbeiträgen erleben wir in den Gemeinden einen massiven Wildwuchs. Es ist abhängig vom Wohnort, wie viel ich für den Kita- oder Hortplatz meines Kindes zahle. So kostet ein zehnstündiger Krippenplatz in Magdeburg 150 Euro, in der Gemeinde Brücken-Hackpfüffel im Landkreis Mansfeld Südharz hingegen 356,70 Euro – also mehr als doppelt so viel. Ein zehnstündiger Platz im Kindergarten in Magdeburg kostet 80 Euro, in der Gemeinde Brücken-Hackpfüffel im Landkreis Mansfeld Südharz hingegen 255,64 Euro – also dreimal so viel.

Noch eklatanter ist der Unterschied bei der Hortbetreuung. In Barby im Salzlandkreis kostet ein sechsstündiger Hortplatz 28 Euro, in Eilsleben, Harbke, Völpke, Wefensleben, alle im Landkreis Börde, kostet der gleiche Hortplatz 178,88 Euro. Das ist mehr als das Sechsfache! Wir haben zwar seit geraumer Zeit die sogenannte Mehrkindregelung, die eine finanzielle Entlastung für die Eltern für Geschwisterkinder schaffen soll. Aber wenn ich so auf die aktuelle Entwicklung der Beiträge gucke, dann muss ich feststellen, dass sich diese in den Gemeinden mitunter massiv erhöht haben. Auffällig dabei sind die Erhöhungen im Bereich der Horte. Da kann ich zur Mehrkindregelung nur sagen, gut gemeint, ist nicht gleich gut gemacht! Denn wenn die Kosten, die Eltern beim zweiten Kind einsparen, jetzt beim ersten Kind durch Beitragserhöhungen aufsummiert werden, dann kommt die Entlastung nicht an!

Es sind keine gleichwertigen Lebensbedingungen im Land, wenn es vom Wohnort abhängig ist, was Familien für die Kindertagesbetreuung zahlen! Es muss möglich sein, dass in Sachsen-Anhalt ein Kitaplatz in Brücken-Hackpfüffel genau so viel kostet wie in Magdeburg. Oder besser noch, und das ist eine echte Entlastung der Eltern, wir machen uns auf den Weg zur beitragsfreien Kita! Und genau das ist einer der Punkte, den wir mit dem Gesetzesentwurf eingebracht haben. Die Inflation, welche der größte Preistreiber bei Lebensmitteln ist, sorgt für einen Preisanstieg auch beim Kitaessen. Mehr und mehr Familien können sich die Mittagsversorgung in der Kita schlichtweg nicht mehr leisten. Aber ein warmes Mittagessen darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Und viel zu oft habe ich schon von Eltern gehört,

dass ihr Antrag auf finanzielle Unterstützung durch das Bildungs- und Teilhabepaket Monate dauert. Monate, in denen die Kinder eben kein warmes Mittagessen bekommen. Das darf so nicht weitergehen!

Wenn ich auf die Anträge gucke, die dann nicht mehr eingehen, ob nun Ausnahme auf 10 Stunden, Überprüfung des Anspruches auf 10 Stunden oder auch der Antrag auf Übernahme der Mittagsverpflegung beim BuT - dann sehe ich vor allem Entlastung bei den Mitarbeitenden in der Verwaltung. Diese können dann andere Tätigkeiten übernehmen. Und auch das rechnet sich! Mit Blick auf die Jüngsten haben wir so gleichwertige Startbedingungen. Seit Jahren beklagen die pädagogischen Fachkräfte aber auch die Gewerkschaften, dass unsere Erzieher:innen überlastet sind. Fast zwei Drittel der Beschäftigten fühlen sich permanent an der Grenze der eigenen Belastbarkeit. Mehr als drei Viertel gehen davon aus, dass sie in ihren Berufen nicht das Rentenalter erreichen werden. Ursache hierfür sind insbesondere schlechte Rahmenbedingungen und eine starke Arbeitsverdichtung.

Der Personalschlüssel im Land Sachsen-Anhalt ist einer der schlechtesten bundesweit. Ein gut ausgebautes Netz der Kindertagesbetreuung, eine hohe Betreuungsquote allein machen noch keine ausreichende Kitaqualität. Erst wenn das Personal nicht mehr überlegt, den Job zu wechseln, sondern sich jeden Tag freut, in die Kita zu gehen - dann bekommen wir einen echten Qualitätsschub. Deswegen ist für uns zentral die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sprich des Personalschlüssels und damit die Steigerung der Attraktivität des Berufsbildes. Wir bilden mehr als 1.100 Fachkräfte jedes Jahr aus! Von einem Fachkräftemangel kann an der Stelle keine Rede sein! Aber wir müssen sie für unsere Einrichtungen der Kindertagesbetreuung auch gewinnen und halten!

Für die Verbesserung der frühkindlichen Bildung sollen die Erzieher:innen mit unserem Gesetzentwurf Vor- und Nachbereitungszeiten erhalten. Nur so können sie den gestiegenen Anforderungen im Alltag und auch den Anforderungen des Bildungsprogramms gerecht werden. Ebenso müssen Ausfallzeiten aufgrund von Krankheiten, Urlaub oder Fort- und Weiterbildung vollständig berücksichtigt

werden. Und wir möchten auch die Leiter:innenfreistellung klar regeln.

Und letztlich: Die bisherige Finanzierungssystematik über die Kindpauschalen hat sich nicht bewährt. Die Gesamtkosten der Kinderbetreuung sind nicht bekannt und können in den Pauschalen auch nicht abgebildet werden. Die Gemeinden tragen ein unkalkulierbares finanzielles Risiko, in dessen Folge auch die Elternbeiträge steigen. Wir wollen mehr Transparenz in die Finanzierung bringen und die Kostenbelastung anders verteilen. Neben der Planung und den Verhandlungen über die Entgelt-Vereinbarungen wird auch die Finanzierung bei den Landkreisen und kreisfreien Städten konzentriert. Damit liegt dann alles in einer Hand. Die finanzielle Beteiligung des Landes wird beibehalten. Diese wird aber als fester Anteil an den tatsächlichen Personalkosten des pädagogischen Personals ermittelt. Und damit künftig auch automatisch dynamisiert. Alle Regelungen zu den Kindpauschalen fallen dafür weg.

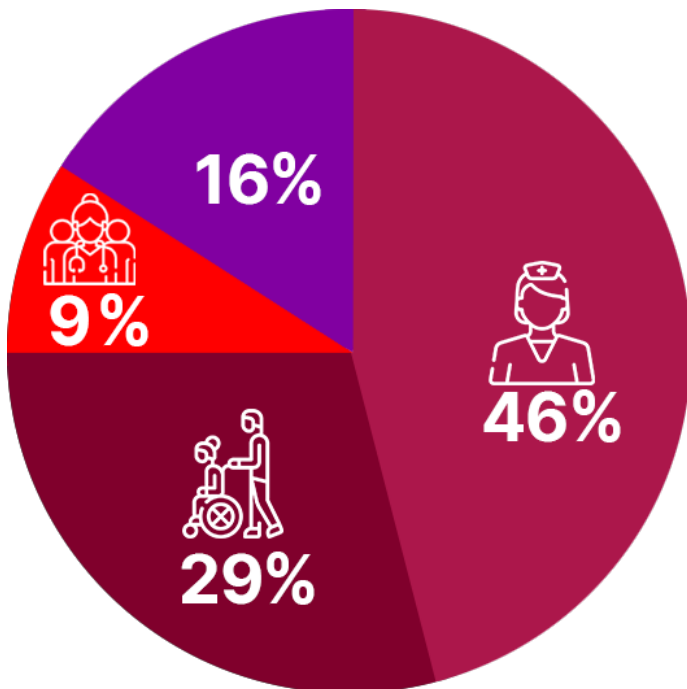
Die Gemeinden müssen das gemeindliche Defizit aus der Gesamtfinanzierung für ihre Kindertagesstätten nicht mehr selbst tragen. Sie bleiben aber über die Kreisumlage an der Finanzierung der Kinderförderung beteiligt, sprich Gemeinden mit viel Geld zahlen mehr als Gemeinden mit schmaler Kasse. Die Umstellung des Finanzierungssystems ist eine entscheidende Voraussetzung, damit Umfang und Qualität der Kinderförderung nicht mehr von der finanziellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden und von den verschiedenen Trägern der Kindertagesstätten abhängen. Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen für ein gutes Aufwachsen in allen Gemeinden des Landes für jedes Kind ist unerlässlich.

Der Gesetzentwurf wurde u.a. in den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung überwiesen. Die Koalitionsfraktionen haben es dort nicht für notwendig gehalten, darüber zu reden. Am runden Tisch bei ver.di wurden vorher noch blumige Worte gefunden, wie diese die Kitas unterstützen wollen. Im zuständigen Fachausschuss ist davon kein einziges Wort gefallen. Es ist unsäglich, wie hier die Regierungsfraktionen ihre Verantwortung nicht wahrnehmen und sich vor jeder Aufgabe schweigend drücken. Der Gesetzentwurf wurde abgelehnt.

Anstieg der Berufskrankheiten durch Corona-Infektionen

Die gesetzliche Unfallversicherung hat in ihrer Jahresbilanz angegeben, dass die Zahlen bei der Anerkennung von Berufskrankheiten, aufgrund der Infektionen mit Corona, auf ein Rekordhoch gestiegen sind. Während 2020 noch 728 anerkannte Berufskrankheiten (163 infolge von Corona) anerkannt waren, sind es 2022 schon 7.150 anerkannte Berufskrankheiten (6.531 infolge von Corona) gewesen. Innerhalb von zwei Jahren haben sich die Zahlen der anerkannten Berufskrankheiten demnach verzehnfacht. Etwa 1,5 Prozent der anerkannten Covid-19-Berufskrankheiten sind schwere Erkrankungen mit mehrmonatiger Arbeitsunfähigkeit; das entspricht etwas mehr als 100 Personen im Land.

Es gibt Berufsgruppen, die besonders häufig von den Langzeitfolgen einer Corona-Infektion betroffen sind und damit auch überproportional Anträge auf Berufskrankheit stellen. Vor allem betrifft dies Menschen, die im sozialen Bereich arbeiten, wie Assistenzberufe im Gesundheitswesen, Pflegehelfer:innen sowie in der Kinderbetreuung oder Ärzt:innen. Problematisch ist dabei, dass eine symptomfreie Infektion mit Corona nicht als Berufskrankheit anerkannt wird.



AKADEM. & VERW.
GESUNDHEITSBERUFE

ASSISTENZBERUFE
GESUNDHEITSWESEN

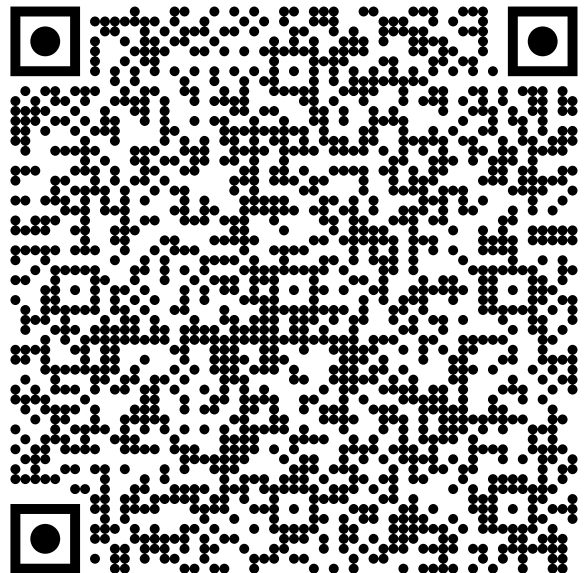
BETREUUNGSBERUFE

SONSTIGE

ICONS: FLATICON.COM/FREEPIK

Viele Menschen, die mit Corona infiziert waren, symptomfrei blieben und dennoch unter Folgen wie Long-Covid aber auch ME/CFS leiden, fallen aus der Statistik heraus. Die mangelnde Anerkennung von Folgeerkrankungen einer Corona-Infektion, fehlende Anlaufstellen sowie kaum vorhandene Beratungsangebote für Betroffene sind höchst problematisch. Hier muss dringend nachgebessert werden. Im Endeffekt fallen diese Menschen nicht nur im Berufsleben aus, sie fallen auch aus dem Sozialversicherungssystem heraus, weil ihre Infektion nicht anerkannt wird.

Bei Interesse ist unter folgendem QR-Code die Kleine Anfrage zu finden:



oder unter:

bit.ly/BerufskrankheitenCoV19

Nicole unterwegs

Spielplatzfest am Pechi zum Kindertag

Am 20. September war Weltkindertag. Das haben wir am Donnerstag, den 28.09., im Rahmen eines Spielplatzfestes am Pechi gefeiert. Als Patin des Spielplatzes „Künstlertreff“ habe ich in Zusammenarbeit mit „Fredy's Eck“ und der Kinderbeauftragten der Stadt Magdeburg, Katrin Thäger, ein Spielplatzfest organisiert, um den Jüngsten bei frischem Popcorn, Musik und kühlen Getränken ein paar schöne Stunden zu bereiten. Kinder brauchen all unsere Unterstützung für ihr Aufwachsen. Aber eben auch Freiräume. Spielplätze bieten hierfür die richtige Umgebung und der Pechi ist bereits Kult. Die Wasserspiele, die ein Blickfang sind, haben bei sommerlichen Temperaturen zur Erfrischung beigetragen.

Kinder und ihre Eltern haben von der Einladung rege Gebrauch gemacht. Das AWO Spielmobil hat mit seinen vielfältigen Angeboten Bewegungs- und Spielmöglichkeiten eröffnet und zusätzlich gute Stimmung verbreitet.

Es war ein wunderschöner Nachmittag mit reichlich Sonne, Kinderlachen und Spaß für alle. Ich freue mich jetzt schon auf das nächste Fest!



Spendenaktion am Tag der Armut

Danke an das Sozialkombinat Ost für die solidarische Aktion am Tag der Armut - 17.10.2023. Hier wurden Lebensmittel und Sachspenden wie Hygieneartikel und Kleidung gesammelt. Viele Menschen sind in Solidarität und einem fürsorglichen Miteinander zusammengekommen, um den

Umsonstladen in Salbke zu unterstützen. Auch wir trugen unseren kleinen Teil dazu bei. Aber all dies hilft nicht über den Fakt hinweg, dass in Sachsen-Anhalt jede vierte Person in Armut lebt. Wir als Linke stellen uns seit jeher an die Seite der Armen und Ärmsten und kämpfen dafür, dass sich ihre Lage verbessert. Wir fordern die dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, Unterstützungen des Staates für steigende Kosten der Energie- und Wärmeversorgung oder auch den kostenlosen Zugang zu Kulturangeboten, um diese Menschen nicht noch weiter an den Rand der Gesellschaft zu drängen. Wir müssen jede und jeden an der Gesellschaft teilhaben lassen. Dafür kämpfen wir im Landtag und den kommunalen Parlamenten – für das gerechte Leben für alle! Und das an jedem Tag! Armut abschaffen!



Psychedelika in der Psychotherapie?!

Am 7. Oktober konnte ich an einer spannenden Diskussionsrunde in der Otto-von-Guericke-Universität teilnehmen. Das Projekt „PsychedELSI – Ethische, legale und soziale Implikationen der Neuropsychopharmakologie in der Psychotherapie“ untersucht den Einsatz und vor allem die Wirkung von Psychedelika in der Psychotherapie. Insbesondere geht es um die Behandlung von Patient:innen mit Depressionen und posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS). MDMA, LSD, Psilocybin, Ketamin werden dabei bereits erfolgreich erprobt. Das Problem: Diese Substanzen sind im BTMG – Betäubungsmittelgesetz - gelistet und damit nicht einfach mal so für Studien verwendbar. Sie müssen also dringend als Wirkstoffe deklariert werden, damit die Studien weiter ausgebaut werden können. Und wir müssen

uns über den gesellschaftlichen Blick auf LSD und Co unterhalten. LSD beispielsweise gilt noch immer als Hippiedroge. Aber ihre positive Wirkung in Psychotherapie ist längst bekannt. Alles eine Frage der Dosierung, des Umgangs und vor allem der Begleitung. Australien hat sich als erstes Land auf den Weg gemacht, Psychedelika in der Psychotherapie zuzulassen. Die Kosten übernehmen die Krankenkassen.

Ich habe im Landtag eine Kleine Anfrage zum Thema gestellt, auch um die Intention der Landesregierung dazu herauszufinden. Auf die Frage, ob die Gesundheitsministerin das Thema in die Konferenz der Gesundheitsminister:innen einbringen werde, bekam ich ein klares Nein. Allerdings haben bei der Debatte die Kollegen der Regierungskoalition deutlich mehr Offenheit für das Thema signalisiert und sehen auch die Chancen. Nicht immer haben wir so viel Konsens. Gut, dass dieser an der Stelle bei der Gesundheitsversorgung von Menschen mit Depressionen und PTBS besteht. Ich bleibe mit meiner Fraktion auf jeden Fall am Thema dran.



Vierte Inklusive Tanzshow

Am vergangenen Freitag (24. November 2023) hatte ich das große Vergnügen, mir im AMO Magdeburg die Vierte Inklusive Tanzshow ansehen zu können. Lange habe ich mich auf diesen Tag gefreut, denn bereits im März kam Frau Halfpaap, die Projektleiterin der Show, auf mich zu, um für Unterstützung zu werben, was ich sehr gern im Rahmen einer Spende getan habe. Das Motto lautete in diesem Jahr „Wir tanzen“ und es war herausfordernd, bei beeindruckenden Tänzen und toller Musik

selbst sitzen zu bleiben. Insgesamt 11 Gruppen aus Magdeburg und Umgebung zeigten ihr Können. Menschen mit und ohne Behinderung tanzten gemeinsam und führten artistische Kunststücke auf. Sehr liebenswert führten Kasimir, der Zirkusdirektor, und seine Frau Hilde durch den Abend und gaben ihm mit Humor und Charme zusätzlich einen besonderen Zauber. Sehr beeindruckend waren auch die Darbietungen der Rhönrade-Gruppe und Seilakrobatik. Ich habe den Abend sehr genossen, der wieder einmal gezeigt hat, dass es viel mehr Spaß macht, wenn alle Menschen – ganz gleich ob mit oder ohne Behinderung – gemeinsam mit Herzblut an einem Projekt arbeiten und dieses dann so gelungen in Szene setzen. Gelebte Inklusion: Es geht!

Ich freue mich schon jetzt auf die nächste Show in zwei Jahren und werde bestimmt wieder mit dabei sein.



Einladung zum Tag der Offenen Tür

Wir sind umgezogen: Deshalb laden wir ein – zum Tag der offenen Tür am 18. Dezember von 16 bis 20 Uhr in unseren neuen Räumen im Haus Domplatz 1A in Magdeburg! In weihnachtlicher Stimmung möchten wir mit euch recht herzlich zu leckeren Heißgetränken, Stollen und vielen kleinen Überraschungen wie eine Feuershow, ein Glücksrad, Infoständen und ein kleines Quiz einladen. Wir freuen uns auf euer Kommen! Übrigens: Unser neues Fraktionsgebäude findet ihr ganz in der Nähe der Lichterwelt auf dem Magdeburger Domplatz, sodass sich der Besuch gleich doppelt lohnt! Kommt vorbei - eine Anmeldung vorab ist nicht nötig!

Praktikum bei der Linken

Ich bin Danny, besuche die 9. Klasse und absolviere derzeit mein zweiwöchiges Schülerpraktikum im Wahlkreisbüro von Nicole Anger, die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt ist.

Hier bei der LINKEN kann man viel lernen und erleben. Ich durfte bereits einer Fraktionssitzung und einem Ausschuss beiwohnen, wo ich viel über das Wesen und die verschiedenen Prozesse der Politik kennenlernen konnte. Auch durfte ich bereits einen Text zum Welt-Aids-Tag am 1. Dezember verfassen und eine Recherche für ein gesundheitspolitisches Thema für die kommende Landtagssitzung durchführen. Mit dem Schreiben einer Pressemitteilung zum Nikolauscafé wurde ich ebenfalls aktiv in die Arbeit des Wahlkreisbüros eingebunden. Die Mitarbeiter:innen und Abgeordneten sind alle sehr freundlich und helfen alle auf ihre eigene Art in jedwede Weise, wie sie können. Es gibt auch nie keine Arbeit zu verrichten, sodass man nicht die Zeit absitzen und faulenzeln muss. Ist man mit der zugewiesenen Arbeit fertig, darf man auch früher gehen.

In meiner bisherigen Zeit bei der LINKEN konnte ich kein einziges Mal sagen, dass ich keinen Spaß bei der Arbeit habe und habe. Es gibt nur Positives über meine Zeit hier zu sagen. Dazu kann ich auch sehen, wie engagiert jede:r hier ist. Das kann man besonders erkennen, wenn man sieht, wie voll der Terminkalender von Nicole Anger ist. Alle geben ihr Bestes, um die Welt zu einem besseren Ort zu machen und zu so einem Engagement kann man nur applaudieren.

Ausblick

Auch für die kommende Zeit - bis zum Jahreswechsel und darüber hinaus - stehen schon wieder viele Termine, Aktionen und Projekte an.

Besonders freue ich mich auf unser Nikolauscafé am 6. Dezember in meinem Wahlkreisbüro. Es geht um 15:00 Uhr los und wer mag, ist gern eingeladen, mit uns bei Kaffee, Kuchen und Weihnachtsgebäck ins Gespräch zu kommen.

Auch steht noch die letzte Landtagssitzung in diesem Jahr an, für die ich einmal mehr einen Antrag zur Sicherung der medizinischen Versorgung in Sachsen-Anhalt - insbesondere mit Blick auf den ländlichen Raum - plane. Davon wird dann spätestens in der kommenden Ausgabe der Nicoles News zu lesen sein.

Bis dahin wünsche ich Ihnen und Euch eine besinnliche und schöne Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Start in das Jahr 2024, das viele Herausforderungen für uns bereithält. Allein in Sachsen-Anhalt stehen zwei wichtige Wahlen an: Die Kommunal- und Europawahl.

Darum heißt es zum Ende des Jahres: Kräfte sammeln und mit Optimismus und Schwung ins Jahr 2024 starten.

Herzliche Grüße

Ihre und Eure Nicole



Öffnungszeiten des Wahlkreisbüros

Montag:	09:00 – 16:00 Uhr
Dienstag:	09:00 – 17:00 Uhr
Mittwoch:	09:00 – 16:00 Uhr
Donnerstag:	09:00 – 16:00 Uhr
Freitag:	09:00 – 15:00 Uhr

Impressum und V.i.S.d.P
Wahlkreisbüro Nicole Anger
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg